



Pressemitteilung vom 09. April 2001

Anhörung zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung

Österreicher trugen Einwendungen gegen Atomanlagen vor

In ruhiger und sachbetonter Atmosphäre haben am Dienstag in München staatliche Stellen Österreichs sowie 70 Bürgerinnen und Bürger des Nachbarlandes bei einem vom deutschen Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) durchgeführten Anhörungstermin ihre Einwendungen gegen die Anträge vom Stromversorgern auf Errichtung von Zwischenlagern für abgebrannte Brennelemente an den süddeutschen Standorten von Atomkraftwerken vorgetragen.

Im Rahmen der Öffentlichbeteiligung zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) auf der Grundlage der Europäischen UVP-Richtlinie und der Espoo-Konvention hatten staatliche und kommunale Institutionen und etwa 60000 Einwenderinnen und Einwender aus Österreich schriftlich gegen die geplanten Zwischenlager in Biblis (Antragstellerin RWE Power AG), Philippsburg (EnBW Kraftwerke AG), Neckarwestheim (Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar GmbH), Grafenrheinfeld (E.ON Kernkraft GmbH) und Isar/Ohu (E.ON Kernkraft GmbH), Gundremmingen (RWE Power AG, E.ON Kernkraft GmbH, Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH) protestiert.

Dr. Ernst Streeruwitz und Dr. Christian Baumgartner vom Österreichischen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft begrüßten ausdrücklich das noch neue Instrument der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Die österreichischen Überlegungen hätten im eigenen Land zum Ausstieg aus der Atomenergie geführt.

Für das deutsche Bundesumweltministerium trug Alexander Spinczyk-Rauch das Entsorgungskonzept der Bundesregierung vor, das eine Mengenbegrenzung des Atommülls durch den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie, die Beendigung der Wiederaufarbeitung, die Reduzierung der Transporte abgebrannter Brennelemente und die Schaffung eines Endlagers bis 2030 vorsieht. Die Bundesregierung stelle sich nicht nur ihrer gesetzlichen Pflicht, dieses Endlager zu errichten, sondern bestehe auch auf einer Lösung innerhalb Deutschlands und im zeitlichen Horizont der Generation, die den radioaktiven Abfall zu verantworten habe.

Am Rande des Anhörungstermins zerstreute der Präsident des BfS, Wolfram König, Befürchtungen, aus den Zwischenlagern könnten Endlager werden. Internationale Konventionen schlossen aus, abgebrannte Brennelemente oberirdisch endzulagern. Das radioaktive Material müsse für sehr lange Zeiträume sicher verwahrt werden. Das sei nur in tiefen geologischen Schichten denkbar. Bei der Bewertung der vorliegenden Anträge für die auf eine Laufzeit von 40 Jahren begrenzten Zwischenlager würden alle Sicherheitsrisiken einer gezielten Prüfung unterzogen; ohne die Erfüllung strenger Sicherheitskriterien sei eine Genehmigung nicht möglich.

Dr. Hans Miggendorfer vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen warf der Bundesregierung vor, die Zwischenlager erzwungen zu haben, obwohl in den zentralen Zwischenlagern Ahaus und Gorleben noch für 15 Jahre Lagerkapazität bestehe. Dem widersprach der Verhandlungsführer des BfS, Dr. Bruno Thomaske, ausdrücklich. Die dortige knappe Kapazität mache den Bau zusätzlicher Zwischenlager notwendig.

Für das Land Oberösterreich wünschte Radko Pavlovec den deutschen Bemühungen zum Atomausstieg eine deutliche Beschleunigung, um die kurzfristig noch erhöhten Risiken wieder abzusenken. Kritik übte er an den als unvollständig angesehenen Aussagen der Antragsteller zur UVP.

Mit Dr. Othmar Raus und Erich Schwärzler nahmen auch die Umweltlandesräte (Minister) aus dem Land Salzburg und dem Land Vorarlberg am Anhörungstermin teil. Dr. Raus betrachte sich seit dem GAU in Tschernobyl als Gegner der Kernenergie, deshalb werde sein Land gegen die Zwischenlager genauso eintreten wie gegen die früher geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Bürgermeister Dr.

Heinz Schaden aus Salzburg erwog bereits die Vorbereitung einer Klage gegen die Zwischenlager.

Mathilde Halla und Otto Gumpinger von der Oberösterreichischen überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr, die in Abstimmung mit dem bayerischen Bund Naturschutz eine Reihe von Sachbeiständen aufgeboden hatte, beklagten, dass die Vorhaben auf dem Rücken der grenznahen österreichischen Bevölkerung ausgetragen werde.

Im weiteren Verlauf der Anhörung werden spezifische Anlagenteile, die Auswirkungen auf die Umwelt haben können, erörtert.

Für weitere Informationen erreichen Sie Volker Schäfer unter 0170-7619220.